31. Ist die Vorschrift in § 151 GewD. auch bei Übertretung von Anordnungen anwendbar, die auf Grund von § 3 des Gesetzes, betr. Höchstpreise, vom 4. August 1914 (RGBl. S. 339) erlassen sind?

IV. Straffenat. Ur. v. 23. April 1915 g. Nr. IV 147/15.

I. Landgericht Posen.

Die Angeklagte, der von ihrem Vater die selbständige Leitung von dessen Fleischverkaufsgeschäft in B. übertragen war, hatte es unterlassen, daselbst das vorgeschriebene Höchstpreisverzeichnis auszuhängen. Sie ist wegen Vergehens gegen das Höchstpreisgesetz verurteilt. Ihre Revision wurde verworfen.

Gründe:

In der Verordnung des Magistrats der Stadt B. vom 26. November 1914 (in Kraft seit 1. Dezember 1914), die auf Grund des Reichsgesetzes, betreffend Höchstpreise, vom 4. August 1914 § 3 in Verbindung mit den Ausführungsbestimmungen des preuß. Handelsministers vom 4. August 1914 § 1 erlassen ist, wird bestimmt: in § 4, daß jeder Verkäufer von Waren der in § 1 bezeichneten Sorte verpflichtet ist, ein Verzeichnis der in § 1 festgesetzten Höchstpreise in seinem Verkaufsorte an sichtbarer Stelle aufzuhängen, und in § 6, daß die Bestimmungen der Verordnung auf alle Verkäufer Anwendung finden, die Fleischwaren der in § 1 genannten Art unmittelbar an die Verbraucher abgeben. Die Strafkammer sieht in erster Linie die Vorschrift des § 4 für verletzt an, nimmt hilfsweise aber auch Übertretung des § 6 an. Der Verteidiger rügt, daß der Begriff des Verkäufers in § 4 und § 6 von der Strafkammer erkannt und zu Unrecht beide auf die Angeklagte angewendet worden seien. Wenn die Strafkammer zwischen den in § 4 und den in § 6 genannten Verkäufern einen Unterschied dahin machen will, daß unter jene die Vertreter des Gewerbetreibenden, unter diese alle Angestellte eines Gewerbetreibenden überhaupt zu begreifen seien, so ist dem allerdings nicht beizutreten. Für eine derartige Unterscheidung gibt weder die Fassung noch der Zweck dieser Vorschriften einen Anhalt, vielmehr ist unter dem Verkäufer im Sinne dieser und anderer Bestimmungen der Magistratsverordnung überall daselbe zu verstehen. Der § 6 will aber, wie der Verteidiger mit Recht ausführt, überhaupt keine selbständige Norm aufstellen, vielmehr den Begriff des Verkäufers in den übrigen Bestimmungen lediglich erläutern und sagen, daß unter den Verkäufern der §§ 3, 4 und 5 alle die zu verstehen seien, die Fleischwaren unmittelbar an die Verbraucher abgeben, daß die Verordnung also nur den Kleinhandel, nicht den Zwischen- und Großhandel treffen will. Danach richtet sich das Verbot des § 1 in Verbindung mit § 3, Fleischwaren nicht zu

höheren als den dort festgesetzten Höchstpreisen zu verkaufen, und das Gebot des § 4, im Verkaufslokal an sichtbarer Stelle ein Verzeichnis dieser Höchstpreise auszuhängen, zunächst nur an den selbständigen Gewerbetreibenden, an denjenigen, dessen Gewerbebetrieb im Verkauf von Fleischwaren besteht, d. i. aber an den, auf dessen Rechnung der Betrieb geht und auf dessen Namen er angemeldet ist und geführt wird. Daß die Gewerbeordnung grundsätzlich den Gewerbetreibenden selbst für Zuwiderhandlungen gegen polizeiliche Vorschriften strafrechtlich verantwortlich macht, ergibt sich im allgemeinen schon aus § 151 GewO. (RGSt. Bb. 21 S. 287 [289]), für die Taxvorschriften im besonderen aus § 79 das., worin die in §§ 73, 74 aufgeführten „Verkäufer“ ausdrücklich als „Gewerbetreibende“ bezeichnet werden. Auch das Gesetz über die Höchstpreise, das die in der Gewerbeordnung vorgesehenen Taxen nur erweitert, geht von keiner anderen Ansicht aus und hat ebenfalls grundsätzlich die selbständigen Gewerbetreibenden im Sinn (Druckf. d. R. L. Nr. 14). Wenn in seiner Begründung die Festsetzung der Höchstpreise damit gerechtfertigt wird, daß den gewinnsüchtigen Machenschaften der Händler entgegengetreten werden müsse, und daß auch dem Verkäufer ein angemessener Nutzen bleiben müsse, damit der Warenumsatz nicht unterbunden werde, so erhellt hieraus, daß als der vom Gesetz unmittelbar zum Tun und Unterlassen Verpflichtete eben der selbständige Gewerbetreibende, auf dessen Rechnung der Betrieb geht, angesehen wird, nicht aber die Angestellten eines Gewerbebetriebs, die in ihm für den Inhaber tätig werden. Gleichwohl ist die Verurteilung der Angeklagten gerechtfertigt. Denn nach § 45 GewO. können die Befugnisse zum stehenden Gewerbebetrieb durch Stellvertreter ausgeübt werden und nach § 151 trifft die Strafe für Übertretung polizeilicher Vorschriften bei Ausübung des Gewerbes neben dem Gewerbetreibenden auch diejenigen, welche dieser zur Leitung des Betriebs oder eines Teils desselben oder zur Aufsichtigung bestellt hat, wenn sie die polizeilichen Vorschriften übertreten haben. Unter polizeilichen Vorschriften im Sinne von § 151 sind aber nicht nur die in der Gewerbeordnung selbst enthaltenen oder die von der Landesgesetzgebung nach § 144 erlassenen gewerbepolizeilichen Vorschriften zu verstehen, sondern auch polizeiliche Vorschriften anderer Art, die nach Reichs- oder Landesrecht von den

Gewerbetreibenden beobachtet werden müssen. Hierunter gehören unbedenklich auch die auf Grund des Höchstpreisgesetzes vom 4. August 1914 festgesetzten Taxen, die ihrem Wesen nach mit den schon von der Gewerbeordnung zugelassenen Taxen gleich sind und in Ausübung der Fürsorge für das öffentliche Wohl aufgestellt wurden. Daß weiter die Angeklagte für den von ihrem Vater in P. betriebenen Verkauf von Fleischwaren als selbständige Vertreterin bestellt worden war, den Betrieb dort allein zu leiten und namentlich auch selbständig die Preise für die an das Publikum zu verkaufenden Fleischwaren festzusetzen hatte, ist von der Strafkammer tatsächlich festgestellt worden. Hiernach ist sie jedenfalls zur Leitung des Betriebs in P. im Sinne von § 151 GewO. bestellt gewesen und dann richteten sich die Vorschriften der Magistratsverordnung vom 26. November 1914 gemäß der in diesem § 151 angeordneten Erstreckung auf die Stellvertreter der Gewerbeausübung auch an sie. Daß die Angeklagte dem Gebot des § 4 nicht nachgekommen ist, ist von der Strafkammer auf Grund der Beweisergebnisse für erwiesen angenommen worden.“